

Inhalt

- Vorwort — 7
- Was wir wissen können — 9
- Kashgar 2014 — 19
- Uyghur Tribunal I: Zumret Dawut — 29
- Eine kurze Geschichte der Uiguren — 33
- Die Spur in den Daten — 59
- Uyghur Tribunal II: Abdusalam Muhammad — 69
- Das Freiluftgefängnis — 73
- Uyghur Tribunal III: Mihrigul Tursun — 83
- Der Weltkongress der Uiguren — 87
- Uyghur Tribunal IV: Qelbinur Sidik — 105
- Zwischen den Stühlen – Diaspora in Istanbul — 109
- Uyghur Tribunal V: Gulbahar Jelilova — 125
- Die Machtpolitik Xi Jinpings und die Folgen
für die Uiguren — 129

Uyghur Tribunal VI: Gulbahar Haitiwaji	—	137
Warum Xinjiang? Die geopolitische Bedeutung der Region für Peking	—	141
Schuld, Mitschuld, Verantwortung – Die Rolle deutscher Unternehmen in Xinjiang	—	147
Xinjiang und die globalen Lieferketten	—	155
Reiseblogger im Dienste der KPCh	—	163
Genozid versus »Bevölkerungsoptimierung«	—	173
Was wir tun können	—	183
Epilog	—	191
Quellen und Literatur	—	197
Dank	—	203
Karte	—	204

Vorwort

Zum letzten Mal in Xinjiang war ich im Mai 2014. Die Diskriminierung der Uiguren war damals bereits überall zu spüren. Das Lagersystem aber gab es damals noch nicht. Ende 2015 verließ ich Shanghai in Richtung Istanbul, wo ich die nächsten vier Jahre als Korrespondent tätig war. Als ich im November 2019 nach China zurückkehrte, war ich schockiert, welche Richtung das Land eingeschlagen hatte. Der grassierende Nationalismus, die Überwachung im Alltag und der Personenkult um Xi Jinping hatten ein Ausmaß angenommen, das fünf Jahre zuvor noch unmöglich erschienen war. Auch davon handelt dieses Buch, und die Verbrechen in Xinjiang sind nicht ohne diesen Kontext zu verstehen.

Was das Lagersystem in der Region selbst betrifft, so ist dieses Buch vor allem eine Zusammenfassung der Arbeiten von Journalisten, Datenforschern und Menschenrechtlern, die in teils mühevoller Detailarbeit und unter Strapazen Licht dorthin brachten, wo die kommunistische Partei Chinas Dunkelheit verbreiten will. Mein eigener Beitrag zu diesen Recherchen ist gering, weswegen dieses Buch auch mit einem Kapitel über die Arbeit von Kollegen in Xinjiang beginnt und mit einer Danksagung endet.

Die Berichte von Zeugen, die die Lager überlebt haben, stammen alle vom »Uyghur Tribunal«. Die Veranstaltung in London ist der bisher umfangreichste Versuch, die Ereignisse in Xinjiang zu dokumentieren und aufzuarbeiten. Wer die Website www.uyghurtribunal.com besucht, findet dort die hier wiedergegebenen Berichte in voller Länge und noch weitere Primärquellen.

Dieses Buch ist darüber hinaus der Versuch, die geopolitische Bedeutung der Provinz zu erklären. Das wirtschaftliche Projekt Pekings mit dem wohlklingenden Namen »Die neue Seidenstraße« soll die wirtschaftliche Hegemonie der Volksrepublik in Zentralasien sicherstellen und europäische Absatzmärkte für chinesische Produkte erschließen. Die Kontrolle über die Region Xinjiang ist für diese Strategie unerlässlich.

Nicht zuletzt ist dieses Buch auch eine Warnung vor der Propagandamaschinerie Pekings. Längst nutzt die kommunistische Partei Chinas auf raffinierte Weise westliche Social-Media-Plattformen (die in China selbst verboten sind), um ihre Narrative im Westen zu verbreiten. Vielleicht kann dieses Buch einen Beitrag dazu leisten, das Bewusstsein dafür zu schärfen und wachsamer gegenüber den Lügen und der verdeckten Einflussnahme des Regimes zu werden.

Dass die deutsche Wirtschaft und Politik sich angesichts unserer historischen Verantwortung nicht deutlicher von Zwangsarbeit, der an Euthanasie grenzenden Bevölkerungspolitik und dem Lagersystem in Xinjiang distanzieren, ist beschämend.

Was wir wissen können

*»Sie werden Baumwollfelder besichtigen
und die Wahrheit und Fakten respektieren.«*

*Gao Feng, Sprecher des chinesischen
Handelsministeriums, 2021*

Bis vor kurzer Zeit hatten die meisten Menschen von dem Turkvolk im Westen Chinas noch nie etwas gehört. Xinjiang, die Stammheimat der rund 15 Millionen Uiguren, ist eine der ärmsten Provinzen Chinas. Während zum Jahreswechsel 2020/21 die Staatschefs mehrerer EU-Länder hinter verschlossenen Türen ein Handelsabkommen mit Peking aushandelten, schlugen Menschenrechtler Alarm. Peking hatte in der Region Xinjiang in den vergangenen Jahren eine digitale Dystopie errichtet. Die totale Überwachung ist – zumindest für die Minderheit der Uiguren – Wirklichkeit geworden. Bis zu zwei Millionen Menschen werden monatelang in »Umerziehungslagern« festgehalten. Folter, Zwangsarbeit und Gehirnwäsche sind dort an der Tagesordnung. Anfangs basierten die Meldungen noch auf Gerüchten und wenigen Berichten derer, die entkommen sind. Mittlerweile aber sind die Menschenrechtsverletzungen der kommunistischen Partei Chinas gut belegt.

Auf der einen Seite werden seit Jahren Milliarden in die Region investiert. Auf der anderen Seite schließen Pekings Beamte aber auch Moscheen, untersagen religiöse Feste und erlassen sogar Kleidervorschriften, um die Religion aus dem Alltag der Menschen zu verbannen. Uralte Oasenstädte wie

Kashgar werden unter dem Vorwand der Modernisierung ihrer einzigartigen Architektur beraubt. Den Verlust der kulturellen Identität sollen Wirtschaftswachstum und Infrastruktur ausgleichen. Das ist das Rezept, mit dem die kommunistische Partei Chinas spätestens seit 1990 das Riesensland regiert.

Recherchen in Xinjiang sind nie einfach gewesen. Angst, Diskriminierung und Beamtenwillkür waren immer spürbar. Doch anders als zum Beispiel in Tibet, das seit Jahren für ausländische Journalisten komplett gesperrt ist, waren und sind Reisen nach Xinjiang noch immer erlaubt. Eine tiefergehende Berichterstattung aber ist kaum mehr möglich.

Vor etwa zehn Jahren mussten Journalisten sich zwar offiziell anmelden, wenn sie in Xinjiang recherchieren wollten, aber wie zu dieser Zeit noch oft in China waren die Vorschriften lax und folgten eher dem »Cha Bu Duo«-Prinzip, welches eine gewisse Larifari-Mentalität beschreibt und sich grob mit »passt schon« übersetzen lässt. Eine »Mann-Deckung«, also die direkte Verfolgung durch Beamte, gab es nur selten, und nahezu alle Städte und Landstriche Xinjiangs waren prinzipiell zugänglich, auch wenn man hin und wieder mit Behinderungen rechnen musste. Fernsightings hatten es insgesamt schwerer, weil sie als Menschengruppe und durch ihr Equipment für mehr Aufmerksamkeit sorgten als ein einzelner Print-Journalist, der sich im Notfall immer als Tourist ausgeben konnte. Aber das traf auf viele Teile Chinas zu, wenn man zu heiklen Themen recherchieren wollte. Vieles hing auch von der Willkür der zuständigen Beamten ab. Während manche Polizeichefs sich wenig Gedanken über Ausländer in der Region machten und Journalisten in Ruhe ließen, sobald diese versichert hatten, keine Fotos zu machen, waren andere

überevorsichtig. Dennoch: In dieser Zeit waren Gespräche mit Uiguren möglich. Viele ließen sich zwar lieber anonym zitieren, aber ihnen war es ein Anliegen, dass die Welt etwas über die Situation in Xinjiang erfuhr. Die Angst vor den Konsequenzen war noch nicht so groß, dass sie mit niemandem sprechen wollten, wie es später der Fall war. Das änderte sich etwa um die Jahre 2016/17, als das Lagersystem aufgebaut wurde.

Harald Maass, Journalist und ehemaliger China-Korrespondent der *Frankfurter Rundschau*, flog im Frühsommer 2018 in die kasachische Hauptstadt Almaty. Von dort aus bestieg er einen Bus, der ihn zur chinesischen Grenze brachte. Sein Plan: Mit eigenen Augen zu sehen, was in der Provinz Xinjiang vorging, die er zum ersten Mal in seinem Leben 1987 bereist hatte. Und um einem Verdacht nachzugehen: Ein kanadischer Student hatte über Google Maps und Satellitenaufnahmen Anlagen identifiziert, die wie Lager aussahen. Gerüchte darüber, dass es in Xinjiang Arbeits- oder Umerziehungslager gab, kursierten schon länger. Zu diesem Zeitpunkt aber stritt die chinesische Regierung deren Existenz noch rigoros ab.

Maass reiste mit einem Touristenvisum ein, das er zuvor in München beantragt hatte. »Mich wunderte es, dass es tatsächlich ausgestellt wurde. Heute wäre das völlig unmöglich«, erzählt er knapp drei Jahre später. Maass traf außerdem diverse Vorsichtsmaßnahmen. Er löschte jegliche Dateien von seinem Computer, die in den Augen der chinesischen Sicherheitsbeamten irgendwie verdächtig aussehen könnten. Die Fotos, die er auf seiner zweiwöchigen Reise durch die Provinz machte, lud er über ein Virtual Private Network (VPN) hoch und löschte sie anschließend wieder. Seine Notizen schrieb

er in ein Heft, verklausulierte und chiffrierte sie als harmlose Tagebucheinträge, so dass auch sie keinen Verdacht erregen konnten. »Mir war bewusst, dass mir all das als Spionage ausgelegt werden könnte«, sagt der Journalist an einem sonigen Junitag in München.

»Was ich dann aber tatsächlich sah, übertraf meine schlimmsten Befürchtungen.« Maass schildert die Provinz als ein gigantisches Freiluftgefängnis, in dem die Uiguren auf Schritt und Tritt überwacht, kontrolliert, gescannt, registriert und diskriminiert werden. Am schlimmsten sei die Situation im Süden der Provinz. Nachts glichen die Städte einer einzigen Polizeikontrolle: Überall Blaulicht, bewaffnete Soldaten, die herumbrüllten, Durchsuchungen. Maass selbst wurde in den zwei Wochen 57 Mal kontrolliert.

Sämtliche Interviews mit ehemaligen Insassen der Lager und Familienangehörigen von Inhaftierten führte er in Kasachstan. In Xinjiang selbst beschränkte er den Kontakt mit Uiguren auf ein absolutes Minimum. »Das Wichtigste für mich war, dass niemand durch meine Arbeit in Gefahr geraten würde. Wenn in Xinjiang jemand mit einem Ausländer gesehen wird, droht ihm sofort ein Verhör oder Lagerhaft.« Die Geschichte, die Maass dann schrieb, wurde im März 2019 im Magazin der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlicht. Sie gewann den renommierten Deutschen Reporterpreis und wurde für den Theodor-Wolff-Preis nominiert.

Etwas später ist auch der französische Fotograf Patrick Wack zum letzten Mal in Xinjiang gewesen. »2019 folgten mir ein oder zwei Männer mit etwas Entfernung. Es handelte sich dabei oft um Uiguren. Sie waren übrigens sehr freundlich, das führte manchmal zu absurden Situationen. Ich sagte meinen Aufpassern, ich führe morgen hier- oder dorthin, und sie freuten sich mitzukommen.« Das täuschte aber nicht über

die Repressionen hinweg. Wack führte immer zwei Fotokarten mit sich. »Ich wurde im Schnitt alle zwei Tage von einem Polizisten aufgefordert, meine Fotos zu löschen. Deswegen hatte ich eine JPEG-Fotokarte bei mir, mit der ich demonstrierte, dass ich die Fotos gelöscht hatte, während die zweite Karte sicher war. Jeden Abend machte ich zudem mehrere Kopien auf meinem Laptop und lud die Fotos über Filesharing-Dienste hoch.«

Die plumpe »Mann-Deckung« ist inzwischen von einer smarten, digitalen Überwachung abgelöst worden. Im Juni 2021 war Christoph Giesen, langjähriger China-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, in Xinjiang und beschrieb, dass sich die Lage vordergründig entspannt habe. »Noch vor einem Jahr wurde man Schritt für Schritt von mindestens einem Mann mit Handy verfolgt. Fuhr man mit dem Auto, folgten einem Wagen ohne Nummernschilder. Mittlerweile aber ist das System ausgefeilter: Man hat die Städte, und eigentlich die ganze Provinz, in Zonen aufgeteilt. Überquert man eine Zonengrenze, wechselt automatisch auch das Personal, das einen verfolgt. Hinzu kommt, dass der Bewegungsradius durch Covid-Beschränkungen stark eingegrenzt ist. Da man nur in bestimmten Hotels übernachten darf, kann man maximal 200 Kilometer ins Land fahren«, erzählt er.

Gesprächspartner zu finden, die etwas über die tatsächliche Situation erzählen, ist dagegen noch schwieriger geworden. Es scheint, als hätten die massive Einschüchterung, Traumatisierung und Propaganda der Lager ihren Effekt gehabt: »Immer öfter bekommt man nichts als die Regierungspropaganda zu hören«, sagt Giesen. Die niederländische Journalistin Eva Rameloo bestätigt das. Sie war zuletzt im Mai 2021 mit dem französischen Reporter Simon Leplâtre in Xinjiang. Sie erzählt, dass die Überwachung zunächst we-

niger strikt schien als noch vor zwei Jahren. Die Kontrollen seien nun einfach verdeckter und raffinierter. Oft werden jetzt Corona-Maßnahmen als Vorwand genommen: »Bevor wir nach Xinjiang flogen, mussten wir natürlich einen Covid-Test machen. Als wir ankamen, war der auf einmal nicht mehr gültig. Am Flughafen wurden wir als Ausländer zunächst abgesondert und unsere Telefonnummern aufgeschrieben. Jede Nachbarschaft hat ihr Testzentrum. Wir mussten uns bestimmt alle zwei Tage testen lassen. Und an jeder Haustür ist ein QR-Code.«

In den größeren Städten wie Urumqi und Kashgar haben Überwachungskameras oft die Arbeit übernommen. Nur auf dem Land gab es im Mai 2021 noch die »klassische Überwachungsmethode«. »Männer folgten uns und achteten darauf, dass wir mit niemandem sprachen. Gleichzeitig will man natürlich auch keine Uiguren in Gefahr bringen. Einmal aber hörte ich eine Uigurin ein Lied singen, und ich wollte das für einen Radiobeitrag aufnehmen. Sofort aber erschienen wieder unsere Aufpasser und hinderten uns daran.«

Für andere Situationen hatten Rameloo und Leplátre eine Liste parat, auf der Fragen in Uigurisch standen, die man alle mit Ja oder Nein beantworten konnte. In Geschäften, wo sie sich sicher fühlten und keine Kameras waren, zeigten sie diese den Menschen. Die Angst aber sei oft so groß gewesen, dass die Leute nicht einmal diese Fragen beantworten wollten.

Gleichzeitig schienen manche Dinge einfacher als 2018, bei Rameloos letztem Besuch. »Damals buchte man vorab ein Hotel in Xinjiang und als man ankam, wurde man wieder rausgeschmissen. Auf der Straße sah man zu dieser Zeit so gut wie keine Männer. All das war jetzt anders. In der Luft lag eine eigenartige Stimmung aus Angst und Freude. Mitte 2021

hatten wir mehr Freiheit, uns zu bewegen, als in den Jahren zuvor. Aber es war noch schwieriger, etwas herauszubekommen.«

Die kommunistische Partei versucht aber nicht nur, das Informationsmonopol innerhalb Xinjiangs zu kontrollieren. Ihr Einfluss auf das Narrativ macht sich auch außerhalb des eigenen Staatsgebiets immer deutlicher bemerkbar. Was das bedeutet, erfuhr im Juli 2021 wieder der französische Fotograf Patrick Wack. Seine Bilder zeigen oft seltsam entrückte Landschaften und Menschen, die etwas von fremder Schönheit und tiefer Trauer erzählen. Sie fanden Eingang in den Fotoband »DUST«, der im Herbst 2021 erschien. Etwas vorher aber, im Juli 2021, landeten zehn von Wacks Xinjiang-Bildern im Instagram-Feed des Unternehmens Kodak, mit dem er eine Kooperation hatte. Eines davon zeigt eine junge Frau auf einer grünen Wiese in scheinbarer Einsamkeit. Darunter stand »Massenarbeitslager werden in der Region aufgebaut – ein Zeugnis für Xinjiangs abrupten Abstieg in eine Orwell'sche Dystopie«. Schnell sprangen nationalistische chinesische Internetuser darauf an und bombardierten sowohl Wack als auch Kodak mit Nachrichten. »Falls Du in China bist, solltest Du ausgewiesen werden. Ich werde Dich der Polizei melden«, schrieb ein User namens »chinese_united«, und das war noch einer der harmloseren Kommentare.

»Ich habe Hunderte von Hass-Nachrichten bekommen, die mich als CIA-Agenten beschimpfen, der westliche Propaganda betreibt, als Rassist und vieles mehr«, sagt Wack. »Manche riefen mich sogar an. Noch befremdlicher war es, dass sich auch Amerikaner und Europäer darunter befanden, also Leute, die nicht jeden Tag mit chinesischer Propaganda bestrahlt werden und es besser wissen müssten.«

Kodak knickte ein: Die Verantwortlichen löschten Wacks Foto, mit dem Hinweis, man wolle sich aus politischen Angelegenheiten heraushalten. »Die politischen Ansichten von Hr. Wack entsprechen nicht denen von Kodak und Kodak befürwortet diese auch nicht. Wir bitten um Entschuldigung für die Missverständnisse und Verletzungen, die dieser Post verursacht haben könnte.«

Auch der nationalistischen chinesischen Zeitung *Global Times* war das einen eigenen Artikel wert. In dem gab man sich naiv und führte die Idylle, die Wack auf seinen Fotos oft zeigt, als Beweis dafür an, dass es keine Arbeitslager gebe. Dem Fotografen unterstellte man Gier nach Geld und Aufmerksamkeit.

Wack, der mehrere Jahre in Shanghai verbracht hat und mittlerweile in Berlin lebt, meint zum Vorgehen von Kodak: »Weil sie eingeknickt sind, haben sie nun alle verärgert. Es ist peinlich.« Der Fotograf wiederum erhielt zahlreiche Mails und Posts, die das Vorgehen von Kodak verurteilten und sich solidarisch mit Wack erklärten.

Teil der aktuellen Phase der Informationskontrolle über Xinjiang ist eine aktive, aggressivere PR-Kampagne, an der sich auch nicht-chinesische Blogger beteiligen, die scheinbar ahnungslos schöne Landschaften und gutes Essen schildern. Die KPCh organisiert Touren für ausländische Unternehmen, Touristen und Journalisten nach Xinjiang, um ihnen dort eine perfekte Welt vorspielen zu können: Anfang Juli 2021 verkündete das chinesische Wirtschaftsministerium, »in der nahen Zukunft werden ausländische Unternehmer die Region besuchen«. Gao Feng, der Sprecher des Ministeriums, sagte der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua: »Sie werden Baumwollfelder und -anlagen besichtigen und (...) die Wahrheit und Fakten respektieren.« Diese Potemkinschen

Dörfer werden in den kommenden Jahren der Weltöffentlichkeit vorgespielt werden und so die Meinung prägen – wenn es nach den Plänen des Regimes geht.

Zu der perfekten Scheinwelt, die Peking dort aufgebaut hat, kommt, dass die Umerziehungskampagne langsam abgeschlossen wird. Nach und nach scheinen die Lager nun wieder verkleinert zu werden. »Die chinesische Strategie der kulturellen Auslöschung der Uiguren tritt in eine neue Phase ein«, sagt der Aktivist und Datenforscher Adrian Zenz, der mit seiner akribischen Arbeit einen wichtigen Teil zur Wahrheitsfindung geleistet hat. »Die ersten Lager werden geschlossen. Arbeitsmaßnahmen sollen die Folter und Gehirnwäsche ersetzen.«

Für Journalisten und damit auch für die Weltöffentlichkeit wird es in Zukunft noch schwerer werden, hinter die Fassade zu schauen. Peking will die Verbrechen der vergangenen Jahre möglichst schnell unter den Teppich kehren und sowohl dem eigenen Volk als auch der Weltöffentlichkeit alles als Erfolg verkaufen: Radikale Maßnahmen seien nötig gewesen, um terroristische Elemente zu eliminieren, und nun könne jeder nach dem Pekinger Modell zu Wohlstand gelangen.

Zum Glück wächst inzwischen die Solidarität mit dem Schicksal der Uiguren. Menschenrechtsorganisationen, engagierte Politiker und Kenner der Region weisen vermehrt auf die Missstände hin und fordern westliche Regierungen zum Handeln auf: Das Schicksal der Uiguren muss (ähnlich wie das der Tibeter) in den kommenden Jahren auch unser Verhältnis zum Regime in Peking stärker bestimmen. Sonst laufen wir Gefahr, unsere Werte für steigende Absatzzahlen von Automobilkonzernen zu opfern. Indem wir uns zu schweigenden Mitwissern der Verbrechen machen, werden wir dem Regime ähnlicher, als wir es wollen.